der deutschsprachigen Presse e.V.

Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A (ohne „Wochenschau") in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 2 Mk. 10 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 2 Mk. 10 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 2 Mk. 52 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 82 Pfg. — Ausgabe B (mit „Wochenschau") vierteljährlich 60 Pfg. mehr.
Fernspr.: Redaktion u. Verlag Nr. 2448, 2449 u. 2650. Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 73.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 45973 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 12mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pf., aus der Stadt Münster 15 Pf. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pf.; Reklamen: Der Raum für die Reklamespalte, 87mm breit, 2mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt u. kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht

Zweite Ausgabe. Freitag, 9. März 1917. 66. Jahrgang. Nr. 171.

Zum Tode Zeppelins.

⊡ **Berlin**, 9. März. Graf Zeppelin teilte während des Krieges in ständigem Wechsel seinen Aufenthalt zwischen Berlin, Friedrichshafen und Stuttgart. Noch vor acht Tagen nahm er in Berlin an einer Abendgesellschaft teil und erweckte durch die Rüstigkeit, die ihn alle Anstrengungen seiner häufigen Reisen überstehen ließ, die Bewunderung seiner Freunde. Kurz darauf erkrankte er an einem Magenleiden und siedelte in das Weißsanatorium über, um sich einer Operation zu unterziehen. Diesem Leiden gesellte sich dann, wie bereits mitgeteilt, eine Lungenentzündung zu. Graf Zeppelin ist in der Hauskapelle des Sanatoriums aufgebahrt. Auf einem Hügel von Palmen und kostbaren Blumen ruht der weiße Kopf mit friedlichen ruhigen Zügen. Heute nachmittag um 5 Uhr findet im Weißsanatorium eine Trauerfeier statt. Danach wird die Leiche des Verewigten nach Stuttgart übergeführt, wo die Beisetzung im Erbbegräbnis der gräflichen Familie erfolgt.

Die Operation im Weißsanatorium vollzog Geheimrat Professor Dr. Bier. Die Operation verlief sehr gut und der Graf machte bereits Pläne für die Zeit seiner Wiederherstellung. Auch die Wunde heilte ausgezeichnet und war schon verheilt, als eine Entzündung der Ohrspeicheldrüse hinzutrat. Auch diese überwand Graf Zeppelin. An der Erkrankung des Grafen Zeppelin hatten alle Kreise des Reiches regen Anteil genommen. Der Kaiser ließ sich jeden Tag durch Geheimrat Bier über den Verlauf der Krankheit informieren und bewies dem kranken Grafen auch seine Teilnahme dadurch, daß er ihm öfters Wein übersenden ließ. Gestern nachmittag liefen bereits zahlreiche Beileidstelegramme ein, darunter auch ein Telegramm des Kaisers. Die Hofstaatsdame der Kaiserin v. Gersdorff legte gestern nachmittag einen Kranz an der Bahre nieder.

Berlin, 9. März. (KG.) Aus der unmittelbaren Umgebung des verstorbenen Grafen Zeppelin wird uns gemeldet: Der Graf äußerte noch am Vortage seines Todes zu seiner Umgebung seine feste Überzeugung von dem endgültigen und nicht mehr fernen Endsieg für Deutschland.

München, 9. März. (KG.) Die „Münchner Zeitung" meldet: Graf Zeppelin hinterließ wichtige Lebenserinnerungen, deren Veröffentlichung unmittelbar nach dem Weltkrieg erfolgen wird.

München, 8. März. Der bayerische Landtag ehrte noch heute sofort nach Eintreffen der Trauerbotschaft das Andenken des Grafen Zeppelin dadurch, daß der Präsident die erschütternde Kunde dem Hause mitteilte und den Verblichenen in Worten höchster Verehrung feierte und ein packendes Lebensbild des Grafen vom Bodensee entrollte. Die Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen und hörten stehend die Trauerrede des Präsidenten an, die sich in folgenden knappen Sätzen zusammenfassen läßt: Mit dem Grafen Zeppelin ist einer der größten Geister unserer Zeit dahingegangen. Der Name Zeppelin wird in der Geschichte aller Zeiten und aller Völker mit goldenen Lettern eingezeichnet stehen. Das größte Verdienst des Grafen Zeppelin war, daß er seine Erfindung dem Vaterlande überlassen hat. Das bayerische Volk, wie das gesamte deutsche Vaterland, werden das Andenken dieses unsterblichen Mannes allezeit ehren." — Das Haus war tief ergriffen von dieser Ehrung Zeppelins.

Graf Zeppelins verwegene Kriegstaten.

Bald nach seiner Rückkehr vom amerikanischen Kriegsschauplatz in die Heimat brach der Krieg gegen Österreich aus, den Graf Zeppelin als Hauptmann des Generalquartiermeisterstabes mitmachte. Eine entschlossene, mutige Tat, das Durchschwimmen des Mains in voller Uniform zum Zwecke einer Nachrichtenübermittelung, zeigte ihn darin als ebenso umsichtigen und entschlossenen Charakter, wie aufopferungsfähigen Patrioten. Sie war gewissermaßen das Vorstücklein zu jenem verwegenen Erkundungsritt, der ihn 4 Jahre später, im deutsch-französischen Kriege, in aller Mund brachte. Beim Ausbruch dieses Krieges erhielt er als Dragonerrittmeister im württembergischen Generalstabe den Auftrag, mit vier Offizieren und fünf Mann eine Patrouille zu bilden und Nachrichten über die Stellung des Feindes einzuholen. Am 24. Juli ritt er mit seiner tapferen Schar aus Hagenbach ab, drang wie der Blitz nach Süden vor, überrumpelte die Torwache von Lauterburg, zersprengte zwei feindliche Patrouillen, denen er wichtige Papiere abnahm, und stand am Abend im Hagenauer Wald unmittelbar vor den ersten größeren französischen Truppenkörpern, die Fröschweiler und Reichshofen besetzt hielten. Am nächsten Morgen ritt er behutsam weiter und konnte Genaueres über die Zugehörigkeit und Stärke der vor ihm stehenden Truppen feststellen. Als er dann aber in dem Scheuerlenhof bei Gundershofen eine kurze Rast machte, wurde sein Häuflein von zwei Eskadronen Chasseurs à Cheval überfallen und zersprengt. Seine Begleiter wurden teils niedergemacht, teils gefangen genommen. Er selbst konnte sich auf einem französischen Pferde retten und langsam und vorsichtig mitten durch die feindlichen Vorposten zurückschleichen, um dem Hauptquartier seine wertvollen Nachrichten zu überbringen.

Der Seekrieg.

Rotterdam, 8. März. „Maasbode" zufolge geht hier das Gerücht, daß der holländische Dampfer „Ystroom" (960 Tonnen), auf der Reise von Amsterdam nach London versenkt wurde. Dasselbe Blatt erfährt, daß der holländische Dampfer „Beukelsdijk" (6749 Tonnen), der sich mit 10 000 Tonnen Regierungsgetreide auf der Fahrt von Newyork nach Rotterdam befand, bei Halifax gestrandet ist.

Amsterdam, 8. März. (WTB.) Dem „Allgemeinen Handelsbl." zufolge hat der Rotterdamsche Lloyd die Nachricht erhalten, daß der Dampfer Sindore gestern bei Schneesturm auf den Felsen von Gibraltar gestrandet ist. Man glaubt, daß der Dampfer sich von den Ankerketten losgerissen hat.

Genf, 9. März. (BB.) In der Erklärung des Grafen Romanones, er werde dem Beispiel seines Vorgängers Dato folgen, bewaffneten Handelsschiffen die Einfahrt in spanische Häfen zu gestatten, sieht der „Lyoner Progrès" eine bedeutsame Annäherung Spaniens an den amerikanischen Standpunkt.

Wien, 9. März. (KG.) Das „Neue Wiener Tagblatt" berichtet aus Rotterdam: „Evening World" meldet: Carranza erließ ein Verbot für alle bewaffneten Handelsschiffe, in die neutralen mexikanischen Häfen einzulaufen. Eine Note Carranzas an die mittel- und südamerikanischen Regierungen ersucht um gleiche Maßnahmen.

Genf, 9. März. (KG.) Der „Matin" meldet aus Newyork: Die am 15. März nach Europa ausfahrenden fünf amerikanischen Handelsdampfer der American Line werden bewaffnet sein.

Amerika.

Berlin, 9. März. (WTB.) Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, umfaßt die Opposition gegen die von Wilson beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung wider Erwarten 36 Senatoren.

Präsident Wilson leicht erkrankt. Washington, 9. März. (WTB.) Reuter meldet: Präsident Wilson ist leicht erkrankt. Es ist ihm unbedingte Ruhe verordnet und er wird wahrscheinlich mehrere Tage das Bett hüten müssen.

Die Südamerikaner.

Die Begeisterung in Salvador, Honduras und Ecuador über Carranzas Anregung, Frieden zu stiften, wird ergänzt durch aus Argentinien vorliegende Nachrichten, die von einer Friedensbewegung in Lateinisch-Amerika sprechen. Sie lauten:

„Das große ententefreundliche argentinische Blatt „La Nacion" teilt mit, die argentinische Regierung habe die Führung in einer Bewegung ergriffen, die die lateinischamerikanischen Regierungen zu einer gemeinsamen Vermittlung zwischen den Kriegführenden bestimmen soll. Die einschlägigen Verhandlungen zwischen den Republiken seien bereits in Buenos Aires eröffnet worden. Die Vereinigten Staaten seien wegen ihres diplomatischen Bruches mit Deutschland nicht eingeladen worden. „La Nacion" verurteilt die Bewegung als unzweckmäßig und unfruchtbar."

Hier noch eine zwar etwas anders lautende Meldung, die uns aber nicht im geringsten beunruhigt. Sie stammt aus recht trüber britischer Quelle und ist so vorsichtig nichtssagend, daß wir sie schon aus dem Grunde bringen wollen, um zu zeigen, wie in Stimmung gemacht wird. Die Meldung enthält auch nicht die geringste Andeutung, daß etwa die südamerikanischen Republiken Wilsons Beispiel der — nun sagen wir — „bewaffneten Neutralität" folgen würden. Sie lautet:

Laut „Baseler Nachrichten" meldet die von englischer Seite bediente „Neue Korrespondenz" aus Newyork: „Präsident Wilson hat schon die Antwort der südamerikanischen Republiken auf seine Aufforderung, ihre Ansicht über die deutsche Verschwörung zu formulieren, erhalten. Die Antworten sind in warmen Worten über die Vereinigten Staaten gehalten und äußern Entrüstung gegen die deutschen Ränke."

Spricht man etwa so — falls man überhaupt so genantwortet hat —, wenn man Wilson Gefolgschaft leisten will?

England.

Die Homerule-Frage für Irland.

Rotterdam, 8. März. (WTB.) Wie die „N. Rott. Cour." aus London mitteilt, schreiben die „Times" über die Homerule-Debatte, man erwarte, daß Redmond und seine Partei jetzt endgültig in die Opposition gehen werden. Praktisch habe das wahrscheinlich wenig zu bedeuten, da die Nationalisten schon seit einigen Monaten regelmäßig gegen die Regierung stimmen. „Daily News" und „Daily Chronicle" kritisieren die Unfähigkeit der Regierung, die irische Frage zu lösen. „Daily Chronicle" schreibt erbittert über Carson, „Daily News" erklärt es für die Aufgabe der Regierung, eine neue Lösung zu suchen. Das Blatt zitiert im Leitartikel die Äußerung des nationalistischen Abg. William Redmond, daß die Entwickelung der irischen Frage ein schwererer Schlag sei, als es für Deutschland der Verlust von 100 U-Booten sein würde.

London, 9. März. (WTB.) Im Unterhause fehlten heute die Nationalisten, da sie eine Parteiversammlung abhielten, um über ihr weiteres Vorgehen zu beschließen. Dem Vernehmen nach werden sie am Montag in das Haus zurückkehren. Auf eine Anfrage erklärte Bonar Law, er halte es nicht für ersprießlich (!), die gestrigen Erörterungen fortzusetzen. Das Haus trat dann zur Etatsberatung über.

Der Bericht über die verfehlte Dardanellen-Expedition.

London, 8. März. (WTB.) Reuter. Der Bericht der Königlichen Kommission, die ernannt worden war, um eine Untersuchung über die Dardanellen-Expedition anzustellen, wurde heute veröffentlicht. Es heißt darin u. a., daß die Frage eines Angriffes auf die Dardanellen von Churchill als eine ideale Methode zur Verteidigung Ägyptens angeregt worden sei. Kitchener habe erklärt, daß keine Truppen für den Angriff auf die Dardanellen verfügbar seien. Wenn man aber, so fuhr der Bericht fort, Erkundigungen eingezogen hätte, so hätte sich herausgestellt, daß genügend Truppen für eine gemeinsame Operation zur See und zu Lande vorhanden gewesen seien. Die Möglichkeit eines überraschenden Angriffes auf Gallipoli zu Wasser und zu Lande hätten so große militärische und politische Vorteile gehabt, daß die übereilte Entscheidung, einen rein maritimen Angriff zu unternehmen, mit dem man die gewünschten Ziele nicht vollständig erreichen könnte, ein verfehltes und unbesonnenes Aufgeben dieser Möglichkeit war.

Aus aller Welt.

Haag, 8. März. Meldung des Korrespondenz-Bureaus. Minister Posthuma erklärte heute in der Zweiten Kammer in der Angelegenheit der versenkten sieben holländischen Schiffe: die Sache sei noch zu wenig geklärt, als daß man sagen könne, wen die Verantwortung dafür treffe.

Kopenhagen, 8. März. (WTB.) Wie aus Helsingfors gemeldet wird, erhielt der Senat die Ermächtigung zur Aufnahme einer 5½prozentigen kurzfristigen finischen Staatsanleihe von 75 Millionen finischen Mark, die u. a. zur Einlösung der 1915 aufgenommenen Anleihe von 30 Millionen finischen Mark dienen soll. Die Anleihe ist von der Bank von Finland übernommen worden.

Auflösung der Duma? Genf, 9. März. (TU.) Wie das „Journal" aus Kopenhagen meldet, beabsichtigt nach dem Blatte „Utro Rossii" die russische Regierung, die Duma aufzulösen. Die Wahlen würden bis zum Herbst 1918 vertagt werden, da die Duma im Jahre 1917 zusammentrete und die Grundrechte eine Session im Jahre verlangen.

Deutsches Reich.

Besuch des Kronprinzen im Reserve-Lazarett eines Landwehr-Offizier-Kasinos.

Berlin, 8. März. (WTB.) Von einem Augenzeugen wird uns geschrieben: Der Kronprinz, der kürzlich für einige Tage in der Hauptstadt weilte und nach kurzem Aufenthalt wieder zur Front abgereist ist, hat diese Gelegenheit benutzt, um das in den Räumen eines Landwehr-Offizier-Kasinos eingerichtete Reservelazarett zu besuchen und die Verwundeten und Kranken der ihm unterstellten Armeen zu sehen. In Begleitung seiner hohen Gemahlin traf er überraschend vormittags gegen 11 Uhr im Lazarett ein und wurde vom Chefarzt in den Saal geführt, wo Mannschaften der 5. Armee untergebracht waren. An der Seite der Kronprinzessin von Bett zu Bett gehend, unterhielt er sich in der ihm eigenen frischen und liebenswürdigen Art mit den braven Verdun-Kämpfern, die ihren Oberbefehlshaber mit strahlender Freude begrüßten. Einer größeren Anzahl überreichte er eigenhändig das Eiserne Kreuz, während die Kronprinzessin Blumen und kleine Andenken verteilte, mit jedem einzelnen teilnehmend über sein Ergehen sprechend. Nach etwa 1½stündigem Aufenthalt verließen die hohen Herrschaften unter herzlicher Verabschiedung das Lazarett. Der Dank und die Zuneigung der Soldaten und aller, die Zeugen des Besuches waren, werden ihnen folgen.

Mannhafte Worte des bayerischen Kriegsministers.

München, 8. März. Der neue bayerische Kriegsminister hielt heute im Landtag seine Antrittsrede. Noch selten wurde eine Ministerrede im bayerischen Landtage auf allen Seiten des Hauses mit solch einmütiger Zustimmung aufgenommen, wie diese Rede. Der Minister gab ein militärisches Programm, das nach jeder Richtung hin Zustimmung verdient. Die wichtigsten Leitsätze des Programms lauten: Ich habe ungern die Tätigkeit im Felde mit der Schreibstube vertauscht. Aber meine Tätigkeit im Felde hat mir die Kenntnis dessen gegeben, was dem Heere nottut. Mit eisernem Besen werde ich die Soldatenschinder aus dem Heere hinausfegen. Ich kann in meiner Armee nicht Vorgesetzte brauchen, die sich ihrer Pflicht gegenüber den Untergebenen nicht voll bewußt sind. Manneszucht und Treue sind die Grundlagen für die Erfolge des Heeres. Wenn einmal ein Soldat einen leichtsinnigen Seitensprung machte, so verkürzt mir das nicht die Freude an meinen hervorragenden Mannschaften. Wirklich schlechte Elemente müssen allerdings entfernt werden. Die Pflichtschwätzereien sind geradezu verbrecherisch. Die Oberste Heeresleitung hat unbedingt Anspruch auf die Glaubwürdigkeit ihrer Heeresberichte. Bezüglich der Behandlung unserer Gefangenen durch die Feinde, besonders durch die Franzosen, schloß sich der bayerische Kriegsminister durchaus den Darlegungen des Preußischen Kriegsministers an. Bezüglich der neuen Kriegsanleihe betonte der Kriegsminister: Der Erfolg dieser neuen Kriegsanleihe ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, weil die Neutralen auf diesen Erfolg warten. Wenn die Anleihe keinen Erfolg hat, so würde das Reich lediglich veranlaßt, die Mittel zur Fortsetzung des Krieges auf andere Weise aufzubringen. Die Kriegführung selbst würde davon nicht beeinträchtigt. Der Minister schloß seine großzügige Rede mit dem Appell: Alles muß auch in der Heimat davon beseelt sein: Jetzt, in der Entscheidung, geht es vorwärts an den Feind mit Gold und Eisen!

Die Steuervorlage im Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 8. März. Der Hauptausschuß des Reichstages begann heute die Beratung der Steuervorlagen, beginnend mit dem Entwurf betreffend eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916 im Betrage von 100 Millionen Mark. Ein Abgeordneter des Zentrums leitete die Verhandlungen ein mit der Anfrage, weshalb nur ein Betrag von 100 Millionen in Ansatz gebracht sei. — Reichsbankpräsident Dr. Havenstein erwiderte, bei dem Ansatz seien mögliche Kriegsverluste und eine Reserve berücksichtigt worden. Die Anfrage eines anderen Zentrumsredners, ob Garantien dafür gegeben seien, daß die Anteilseigner der Reichsbank nicht eine höhere Dividende für das Jahr 1916 als für 1915 erhielten, beantwortete der Reichsbankpräsident bejahend. — Ein Mitglied der Deutschen Fraktion sprach der Reichsbankleitung sein Vertrauen aus, hatte aber auch den Eindruck, daß die Anteilseigner günstiger gestellt würden, als wie im Vorjahre. Demgegenüber verwies der Präsident der Reichsbank auf die Veröffentlichung der Bilanz der Reichsbank. — Ein fortschrittlicher Redner erklärte sich mit den klaren Ausführungen des Reichsbankpräsidenten für voll befriedigt, ebenso ein Zentrumsredner, der für die gegebene Auskunft dankte. Darauf wurde der Gesetzentwurf betreffend Kriegsabgabe der Reichsbank unverändert angenommen. Der Ausschuß einigte sich sodann, die drei Steuergesetzentwürfe, Zuschlag zur Kriegssteuer, Sicherung der Kriegssteuer und Kohlensteuer, einer allgemeinen Erörterung zu unterziehen.

Staatssekretär Graf Roedern erklärte, die Kohlensteuer werde insbesondere für die Übergangszeit als laufende Steuerquelle nötig sein. Das Volksvermögen werde auf 300 bis 330 Milliarden Mark für Deutschland geschätzt, wovon etwa 200 Milliarden steuerfrei seien. Ein Steuerprogramm für die Übergangszeit lasse sich jetzt noch nicht aufstellen, da wichtige Faktoren der Entwicklung noch nicht zu übersehen seien. Eine Reichsvermögenssteuer würde ohne Staffelung gerade den Mittelstand am meisten belasten, mit der Staffelung aber wegen des großen Anteils der kleineren und mittleren Vermögen an dem Gesamtvermögen nicht den erhofften Betrag bringen. Auf eine Anregung eines Ausschußmitgliedes erwiderte der Staatssekretär, von einer Erhöhung der Börsensteuer seien zurzeit verhältnismäßig geringe Summen zu erwarten. Hinsichtlich der Berücksichtigung des Familienstandes betonte er, daß diese Frage bei der künftigen Steuerreform eine wichtige Rolle spielen werde, daß jedoch bei den vorliegenden Entwürfen davon Abstand zu nehmen sei, weil die Vorarbeiten noch nicht zu einer völligen Klärung der Lage geführt hätten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen führte Staatssekretär Graf Roedern aus: In bezug auf die Kohlenpreise stehe Deutschland jetzt besser da, als das Ausland und werde diese bessere Position auch nach dem Kriege behalten. Daß die Kohlensteuer eine Belastung der Produktion darstelle, werde von ihm zugegeben. Gleichwohl seien diese Bedenken von allen Seiten zurückgestellt worden. Der Handelstag habe die Kohlensteuer in Form von Wertsteuern empfohlen.

Nachdem dann der Ausschußvorsitzende Dr. Spahn Mitteilung von dem Ableben des Grafen Zeppelin gemacht und dem verstorbenen genialen Erfinder einen tiefempfundenen Nachruf gewidmet hatte, hielt

Staatssekretär Dr. Helfferich eine längere Rede, in der er u. a. ausführte: Die Kohlensteuer habe zwar Bedenken von dem Standpunkte der Produktion, aber man müsse sich an diesen Gedanken gewöhnen, daß wir in Zukunft nicht ohne jede Besteuerung der Produktion auskommen werden. Es käme nur darauf an, die Lasten so zu verteilen, daß unsere Volkswirtschaft sie tragen könne. Die Lage Deutschlands bezüglich der Kohlenpreise wäre günstiger als die anderer Länder, dank der Eigenart der Organisation, nach der in Preußen der Fiskus einen Einfluß auf die Gestaltung der Kohlenpreise auszuüben in der Lage sei. Diesen Vorsprung wird Deutschland auch nach dem Kriege behalten, da damit zu rechnen sei, daß vor allem England und Amerika auch nach dem Kriege höhere Preise haben würden. Es sei auch richtig, daß zuerst das Reich einen großen Teil der Kohlensteuer tragen müsse. Aber bei Eintritt der Friedensverhältnisse wird der Anteil des Reiches sinken und die Kohlensteuer automatisch von der privaten Volkswirtschaft übernommen werden. Wesentlich sei es auch, daß für die schwere Zeit des Überganges Einnahmen geschaffen seien und daß den privaten Betrieben auch die Anpassung an die veränderten Produktionsbedingungen erleichtert werde. — Fortsetzung Freitag.

✤

Die Teuerungszulagen der Privatangestellten. Berlin, 9. März. In der gestrigen Sitzung der verstärkten Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses betonte bei der Besprechung der Anträge, nach denen die Steuerfreiheit der den Beamten und Lehrern usw. bewilligten Kriegsteuerungszulagen auch auf Angestellte und Arbeiter in Privatbetrieben ausgedehnt werden soll, der Finanzminister, daß der Staat durch die Besteuerung der Teuerungszulagen eine Erhöhung der Zuwendung an seine Angestellten bewirkte; dagegen ständen die Privatangestellten dem Staate fern, denen er besondere Zuwendungen zu machen nicht in der Lage sei. Es sei dies eine grundsätzliche Frage, in der man keine Konzessionen machen könne. Die Kommission hat darauf die betreffenden Anträge abgelehnt.

Die Kartoffelfrage vorm Reichstagsausschuß.

⊡ **Berlin**, 9. März. Der Ausschuß des Reichstages für Ernährungsfragen nahm gestern nach fünftägiger Pause seine Verhandlungen wieder auf mit der Besprechung der Kartoffelfrage. Ministerialdirektor v. Braun führte aus, eine Festlegung des Preises wie bisher sei nicht in Aussicht genommen. Die Fabrikkartoffeln würden einen mäßigeren Preis erhalten. Für den Westen sei von vielen städtischen Vertretern ein höherer Kartoffelpreis als 5 Mark für notwendig bezeichnet worden. Hier werde man unter jeweiliger Genehmigung des Kriegsernährungsamtes bis zu 6 Mark gehen. Die Differenz des Preises für den Westen und Osten sei in den Verhältnissen begründet. Über den Einkellerungspreis werde noch besonders zu verhandeln sein. Falle die neue Ernte nicht gut aus, so werde eine allgemeine Beschlagnahme unter Belassung des eigenen Bedarfs und des Saatgutes erfolgen müssen. Die Saatgutfrage sei schwierig. Auf der Eisenbahn würden Kartoffelsaatgutsendungen an erster Stelle befördert werden. Für den Westen seien 10 Millionen Zentner notwendig, die unter Mitwirkung der Provinzialkartoffelstellen zu beschaffen seien. 5 Millionen Zentner seien bereits vorhanden. Der Rest müsse teilweise aus dem Osten beschafft werden. Die Klage der Landwirte, daß ihnen Saatkartoffeln weggenommen worden seien, die sie jetzt für teueres Geld kaufen müßten, sei berechtigt. Über die Entschädigungsfrage schweben Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt. Diejenigen Besitzer, die absichtlich den Kartoffelbau eingeschränkt hätten und infolgedessen selbst nicht auskämen, sollten einen um 3 Mark höheren Preis zahlen müssen. Dieser Mehrertrag solle von den Gemeinden zur Förderung des Kartoffelanbaus verwendet werden. Ein Zentrumsmitglied erkannte die Notwendigkeit einer Preisdifferenz für den Westen gegenüber dem Osten an. Von Bedeutung sei auch die Düngerfrage, am wesentlichsten aber die Behebung der Verkehrsschwierigkeiten. Die Rationierung solle im Anfang des Erntejahres etwas vorsichtiger bemessen werden, als bisher. Ein Erzeugungszwang sei nicht durchführbar, würde auch nicht zum Ziele führen, wohl aber eine bessere Kontrolle in den einzelnen Gemeinden. Den Erzeugern müßten die nötigen Mengen für den Eigengebrauch und Saatgut belassen werden. Der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangte die Einführung des Zwangsanbaus für Kartoffeln. Die Preise seien jetzt hoch genug. Der Ministerialdirektor Freiherr von Braun erklärte, der Landwirtschaftsminister habe nach den Zeitungsberichten nicht einen Kartoffelpreis von 8 Mark im Landtage gefordert, sondern ausgeführt, in Friedenszeiten wäre bei der schlechten Ernte der Preis auf 8 Mark gestiegen. Ein Anbauzwang für Kartoffeln erscheine nicht zweckmäßig, um so weniger als 1916 20 Millionen Zentner mehr angebaut wurden als 1915; den guten Willen könne man nicht durch Zwang ersetzen. Die Transportverhältnisse, die an dem jetzigen Zustand schuld seien, werden sich beim Frühjahr bessern, aber gewisse Schwierigkeiten werden bleiben. Das Kriegsernährungsamt ist dieserhalb mit der Militärverwaltung dauernd in Verbindung. Die Anstellung von Reichskontrolleuren scheiterte schon an dem Personenmangel, ist aber auch überflüssig. Im kommenden Wirtschaftsjahr wird eine schärfere Kontrolle der abzuliefernden Produkte durch Errichtung entsprechender Stellen in den einzelnen Gemeinden und durch Stellung von Dreschkolonnen möglich sein. Ein sozialdemokratischer Redner trat ebenfalls für die Einführung des Zwangsanbaues ein. Ein nationalliberaler Redner verteidigte die Preispolitik des Kriegsernährungsamtes, die sich endlich in den richtigen Bahnen bewegte. Insbesondere sei es zu begrüßen, daß die Preise für Fabrikkartoffeln billiger seien als der Normalpreis. Die Preise für Frühkartoffeln sollten bald bekannt gegeben werden. Frhr. v. Braun führte schließlich noch aus, daß die Heeresverwaltung augenblicklich keine überflüssigen Hafervorräte haben. Die Festsetzung der amtlichen Höchstpreise für Industriekartoffeln sei in Aussicht genommen. Die Lagermieten in den Lieferungsverträgen sollen in den Höchstsätzen festgelegt werden.

In später Abendstunde besprach der Ausschuß noch die Viehfutterpreise und vertagte die Besprechung über die Schlachtviehpreise auf Freitag.

✤

Hülsenfrüchte gegen Ammoniak. Berlin, 8. März. (WTB.) Der Reichshülsenfruchtstelle ist bekannt geworden, daß zahlreiche industrielle Werke Anbauverträge über Hülsenfrüchte im Austausch gegen schwefelsaures Ammoniak abschließen. Derartige Verträge sind insofern wertlos, als durch sie die gesetzliche, für Hülsenfrüchte bestehende Ablieferungspflicht nicht aufgehoben wird. Die betreffenden Werke erhalten also die Hülsenfrüchte nicht. Die Landwirte ihrerseits müssen sich bei dieser Rechtslage die Frage vorlegen, ob sie sich nicht durch den Abschluß derartiger Tauschverträge zivilrechtlich schadenersatzpflichtig machen. Sie müssen ebensogut wie die betreffenden industriellen Werke eigentlich wissen, daß die gesetzlich angeordnete Beschlagnahme durch derartige Vereinbarungen nicht aufgehoben wird. Ähnliche Tauschverträge sollen auch über bereits vorhandene, aus der letztjährigen Ernte stammende Hülsenfrüchte geschlossen werden. Vor der Lieferung von Hülsenfrüchten auf Grund derartiger Abkommen kann nur ernent dringend gewarnt werden, da die Reichshülsenfruchtstelle alle ihr bekannt werdenden Fälle mit allen Mitteln strafrechtlich verfolgen wird. Anbauverträge über Hülsenfrüchte können nur mit der Reichshülsenfruchtstelle oder mit deren Genehmigung abgeschlossen werden. Die Anbauer erhalten beim Abschluß von derartigen Verträgen mit der Reichshülsenfruchtstelle als Prämie 4 Doppelzentner Thomasphosphatmehl für den Hektar der vertraglich gebundenen Fläche. Sämtliche Landwirtschaftskammern und Kommissionäre der Reichshülsenfruchtstelle sind ermächtigt, derartige Verträge für die Reichshülsenfruchtstelle abzuschließen. Kommunalverbänden ist der Abschluß von Anbauverträgen ebenfalls gestattet, aber nicht für größere Mengen als 1 Kilogramm auf den Kopf ihrer zu versorgenden Bevölkerung. Diese Verträge bedürfen zudem zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der Reichshülsenfruchtstelle.

⊙ **Die Sommerzeit und die Landwirtschaft.** Die Erfahrung, die man mit der Sommerzeit im vergangenen Jahre in der Landwirtschaft gemacht hat, war bekanntlich wenig günstig. Nachdem sich indessen die Erwartungen, die man an die neue Zeiteinteilung, in den Städten und den Industriezentren geknüpft hatte, im wesentlichen Umfange erfüllt hatten, mußte die Landwirtschaft das Opfer ihres Einverständnisses mit der Sommerzeit auch für das laufende Jahr bringen. Dem Vernehmen nach soll den wesentlichen landwirtschaftlichen Wünschen dadurch Rechnung getragen werden, daß die Fahrpläne für die Milchzüge so gestaltet werden, daß die Züge eine Stunde später abgehen, so daß die mit der rechtzeitigen Anlieferung der Milch an den Stationen verbunden gewesenen erheblichen Nachteile wenigstens in der Hauptsache vermieden werden. Eine gleiche Späterlegung soll für die Schulzüge zugesagt sein. Zur Beruhigung der erheblichen Bedenken, die die Landwirtschaft gegen die Beibehaltung der Sommerzeit hat, so lange diese Erleichterungen nicht geschaffen sind, wäre eine möglichst baldige Veröffentlichung der Bestimmungen über die Späterlegung der Milch- und Schulzüge dringend erwünscht.

der deutschsprachigen Presse e.V.

Rede des Abgeordneten Stull (Zentr.) zum Landwirtschaftsetat.

In seiner Rede im Abgeordnetenhause am Donnerstag, auf die der Landwirtschaftsminister eingehend erwiderte, führte Abg. Stull aus: Wenn die Seefischerei gefördert werden soll, so darf auch die Binnenfischerei nicht vernachlässigt werden. Wir glauben, daß die Preise der Fische beim Produzenten zu niedrig sind. Die Produktionskosten sind während des Krieges außerordentlich gestiegen, und es ist deshalb zu befürchten, daß, wenn hier geholfen wird, ein bedenklicher Rückgang der Fischerei eintritt. Die Kreise, welche die Fische beziehen, sind wohl in der Lage, einen höheren Preis zu bezahlen. In bezug auf die Handmühlen in Oberschlesien wird gewünscht, daß im Herbst nach der Ernte diese Mühlen nicht wieder geschlossen werden, sondern freibleiben. Meine Freunde haben schon früher auf die Notwendigkeit des Ausbaues hingewiesen. Wir wünschen eine Statistik darüber, wieviel drainagebedürftiges Land in unserm Staate noch vorhanden ist. Der Abg. Braun hat eine humane und milde Behandlung unserer Kriegsgefangenen gewünscht. Ich bin vollständig damit einverstanden, daß ihnen eine Behandlung zuteil wird, wie sie uns unser christliches Sittengesetz vorschreibt, aber ich bin gegen eine zu weit gehende Milde aus dem Grunde, weil die Klagen über das Verhalten der Kriegsgefangenen besonders in der Landwirtschaft von Tag zu Tag zunimmt. Sie sind widersetzlich, legen ihre Arbeit einfach nieder und sind unzufrieden mit der Kost. Deshalb trete ich für eine größere Strenge ein, zumal wenn ich bedenke, wie grausam und roh unsere Kriegsgefangenen in den feindlichen Ländern behandelt werden. (Zustimmung.) Wenn die Frühjahrsbestellung mit Recht als eine nationale Aufgabe bezeichnet worden ist, dann müssen unsere Landwirte unbedingt wissen, woran sie mit dieser Bestellung sind (Zustimmung), damit sie ihre Dispositionen danach treffen können. Sie müssen aufgeklärt werden, ob sie auf das erforderliche Saatgut zu rechnen haben, oder nicht. (Erneute Zustimmung.) Dies gilt vor allem von den Saatkartoffeln. Sollten wirklich nicht hinreichende Mengen vorhanden sein, so müssen sich die Landwirte auf Körnerfrüchte einrichten. Bei der Strenge des Winters wird vielleicht auch eine Umstellung der Saaten für Körnerfrüchte notwendig sein. Dazu ist es notwendig, eine Reserve von Saatgut bereit zu halten. (Zustimmung.) Wenn eine Herabsetzung der Viehpreise nicht zu umgehen ist, dann muß dafür gesorgt werden, daß sie auch den Konsumenten zugute kommt (Sehr wahr), damit die Fleischpreise in einem richtigen Verhältnis zu den Viehpreisen stehen. Von einer zwangsweisen Wegnahme des Viehes darf keine Rede sein. Der Landwirt muß die Möglichkeit haben, jederzeit zu verkaufen, was entbehrlich ist, oder was wegen Unwirtschaftlichkeit aus dem Stalle heraus muß. Was die Hindenburg-Spende anbetrifft, so ist es eine Tatsache, daß diese Produkte zu einem bedeutend höheren Preise abgegeben worden sind, als wie den Landwirten bezahlt wurden. Das hat in weiten Kreisen das größte Erstaunen erregt. (Zustimmung.) Die Arbeiter meinten, die Landwirte steckten den hohen Preis in die Tasche. Daher haben die Landwirte ein Recht darauf, Aufklärung zu erhalten, woher dieser Vorschlag kommt und wo die Preisdifferenz bleibt. (Zustimmung.) Wenn der Speck unnötig hin und her gefahren wird, dann ist kein Wunder, daß ganz bedeutende Massen verdorben und unbrauchbar für die menschliche Ernährung werden. (Zustimmung.) Wenn der Abg. Braun bestritt, daß es sich um eine Spende, um ein Opfer der Landwirte handle, so möchte ich darauf hinweisen, daß Landwirte in größerer Zahl bis zu 20 Pfund abgegeben haben und zu einem nicht erheblichen Teil sogar ohne Entgelt. Es mag vorkommen, daß der eine oder andere Landwirt mehr Vorräte hat, als erforderlich ist, aber die Landwirtschaft braucht Reserven, ebenso wie die Industrie. Wie sie diese Rohstoffe unbedingt notwendig hat, so muß die Landwirtschaft auch Nahrungsmittel zur Verfügung haben. Vergessen Sie doch auch nicht, daß in den Städten, auch in meiner Heimat Schlesien, bei den Händlern außerordentlich große Vorräte vorgefunden worden sind. (Hört, hört!) Die Landwirtschaft ist bei der Ablieferung ihrer Produkte, namentlich der Kartoffeln, keineswegs glimpflich behandelt worden. Man hat mir gesagt: Herr Pfarrer, sorgen Sie wenigstens, daß wir unsere Saatkartoffeln behalten. (Hört, hört!) Die Erkenntnis von einer Notwendigkeit der Förderung der Produktion ist jetzt erfreulicherweise auch bei den Parteien durchgedrungen, die sonst die Interessen der Konsumenten vertreten. Ich möchte wünschen, daß die bisherigen Reden zum landwirtschaftlichen Etat von den zuständigen Stellen in Preußen und auch im Reiche gelesen werden, die kriegswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben. (Sehr gut!) Gewiß haben unsere Organisationen über manche Schwierigkeiten hinweggeholfen, aber der Produktion muß doch von allen Seiten eine große Förderung zuteil werden. Behördliche Eingriffe in die Produktion müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Parole der Zukunft muß sein: Freie Bahn der Produktion. (Zustimmung.) Wie sehr das Verständnis für die landwirtschaftliche Produktion auch in die Ratsstuben der Städte eingedrungen ist, zeigen die Äußerungen der Oberbürgermeister von Posen und von Cassel, die darauf hinweisen, daß die Frage der Gütererzeugung während des Krieges vernachlässigt worden sei. Was nützt die beste Organisation, wenn die Produkte fehlen, die organisiert werden sollen! Gewiß ist auch in die Städte ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft eingedrungen, aber man begegnet immer noch der naiven Anschauung, als ob der Bauer nur zu säen und zu ernten brauche, Getreide, Kartoffeln und Schweine wüchsen allein. Der Städter kennt das Land nur von seinen Sonntagsausflügen. (Zurufe links.) Es gibt auch große Kinder in den Städten, man übersieht, welche mühsame Arbeit der Landman aufzuwenden hat, bevor die Früchte zur Reife kommen.

Glücklicherweise kommen die Städter jetzt auch Werktags aufs Land und sehen, wie es da geht. Allerdings tun sie es, um dort Lebensmittel zu bekommen. Die Landwirtschaft ist keineswegs vor der Industriebevorzugt. Dieser werden die Arbeitskräfte von der Heeresverwaltung zugewiesen; der Landwirtschaft fällt es schwer, Arbeitskräfte selbst gegen hohe Bezahlung zu bekommen. Die Industrie kann ihre Kriegsgewinne zu Rücklagen benutzen; die Landwirtschaft muß nach dem Kriege das ganze Inventar ersetzen. Eine Unterbilanz ist in der Industrie viel leichter durch eine günstige Konjunktur auszugleichen, als in der Landwirtschaft. Die Behauptung von der Bevorzugung der Lebensbedingungen der Landwirtschaft muß man zu den Akten legen. Industrie und Landwirtschaft sind auf Tod und Leben verbunden. Die Industrie kann nicht bestehen, wenn nicht die Landwirtschaft für ihre Arbeiter Lebensmittel beschafft, und die Landwirtschaft kann nicht bestehen, wenn nicht die Industrie die Waffen schmiedet, die der Landwirtschaft die Sicherheit gewähren. Ein Produktionszwang in der Landwirtschaft ist unmöglich und würde die größte Verwirrung bringen und damit den Erfolg in Frage stellen. Die landwirtschaftlichen Methoden: der Fruchtwechsel, die Düngung, die Verschiedenheit der Äcker, die langjährigen Beobachtungen und Erfahrungen, die Erfolge und Mißerfolge müssen in Rechnung gestellt werden, wenn die Arbeit erfolgreich sein soll. Die bloße Beeinflussung der Produktion, die Herr Oeser wünscht, findet schon statt.

Man mag über die zahlreichen Organisationen denken, wie man will: jedenfalls ist es durch sie gelungen, den Krieg beinahe drei Jahre durchzuhalten. Viele dieser Organisationen müssen allerdings nach dem Kriege sobald wie möglich wieder abgebaut werden. Wir haben 65 Kriegsgesellschaften; niemand findet sich mehr in diesem Labyrinth zurecht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Deshalb wünschen meine Freunde, daß eine Auskunftsstelle geschaffen wird, damit man nicht durch ganz Berlin wandern muß, um an die richtige Stelle zu kommen — oder auch nicht. Daß die zentrale Bewirtschaftung mancher Produkte verhängnisvoll ist, hat das traurige Kapitel der letzten Pflaumenernte gezeigt. Für die Produktion erfolgt jetzt erfreulicherweise eine Dezentralisation durch die Kriegswirtschaftsstellen, die erst den Unterbau für alle die bestehenden Organisationen schaffen.

Das betrübende Bild, daß der Staatskommissar entworfen hat, sollte vollständig erfaßt werden von denjenigen, an denen der Krieg jetzt spurlos vorübergegangen ist. Daß der Staatskommissar nicht im Widerstreit mit anderen Ressorts kommen will, ist erfreulich. Aber dieser Widerstreit sollte am meisten mit dem Landwirtschaftsminister ausgeschlossen sein. (Sehr richtig!), der diese die Vorbedingungen für das Amt des Staatskommissars schafft. Auch das schärfste Schwert wird stumpf an dem Felsen der Natur. Wenn erst unsere Felder infolge zunehmender Anbauunmöglichkeit zu Felsen geworden sind, wird auch das scharfe Schwert des Staatskommissars nicht zum Mosesstab werden. Dann kann uns nur noch ein Mannaregen helfen. Aber der Mannaregen wird nicht kommen, weil die heutige Menschheit ihn nicht verdient. Deshalb müssen wir alle unsere Kraft in den Dienst der Produktion stellen. Ich wünsche dem Staatskommissar, daß er der großen Schwierigkeiten Herr werden möge. Dann wird es ihm an Anerkennung nicht fehlen. Wenn Herr von der Osten vorschlägt, daß die kriegswirtschaftlichen Stellen Vertrauensmänner ernennen sollen, die die Heranschaffung von Lebensmitteln überwachen, so können sie auch den letzten Schritt noch machen und in jedem Dorfe eine Ankaufsstelle unter Aufsicht einer Kommission errichten. Aber es kann nur so viel aus dem Lande herausgeholt werden, daß der landwirtschaftliche Betrieb nicht gefährdet wird. In den kriegswirtschaftlichen Ämtern mögen städtische Vertreter angebracht sein, aber nicht in den Kriegswirtschaftsstellen, denn die Konsumenten sind da nicht nötig, wo es sich um die Produktion handelt. So stelle man eine Verbindung zwischen Stadt und Land her. Die Städte sollten an der Heranschaffung der ländlichen Produkte mitarbeiten. Die ländlichen Genossenschaften darf man nicht unberücksichtigt lassen; in der ersten Kriegszeit hat man sie aber so beiseite gesetzt, als ob sie überhaupt nicht da wären. Manche Genossenschaftsverbände haben bereits für den Absatz gesorgt, andere haben aber dieses Gebiet noch nicht beachtet. Auch die genossenschaftliche Tätigkeit der Frauen würde z. B. beim Absatze von Obst usw. nützlich sein. Das Stehen der Frauen nach Nahrungsmitteln in den Städten haben unsere Landfrauen von der anderen Seite schon lange durchgemacht, wenn sie mit ihren schweren Körben auf den Markt zogen und stundenlang standen, bis sie ihre Ware losschlugen. Der Abschluß von Lieferungsverträgen könnte auf Frühkartoffeln, Gemüse, Obst und Geflügel ausgedehnt werden. Das würde die Städte mit Lebensmitteln besser versorgen, als bisher.

Aufklärung der Landbevölkerung über die Notwendigkeiten des Krieges, namentlich über die Notwendigkeiten, unsere Munitionsarbeiter mit Nahrungsmitteln zu versorgen, ist schon genug geleistet worden. Der gute Wille der Landwirtschaft im allgemeinen ist nicht zu bestreiten; doch hat nach der Neißer Zeitung soeben die Kreisversammlung des Schlesischen Bauernvereins einen Beschluß gefaßt, wonach er in alter Treue zu König und Vaterland und im friedlichen Einvernehmen mit den Städten leben wolle, und es für notwendig halte, daß sich der Bauernverein an der sechsten Kriegsanleihe beteilige.

Stadt und Land Hand in Hand:
Den Nutzen hat das ganze Land.

Wo hat der Landwirtschaftsminister, wie die Eingabe der Gewerkschaften behauptet, sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Interessen der Landwirte gestellt? Was würde die Industrie zu einem solchen Vorwurf sagen? Solche Äußerungen fördern nicht das Vertrauen zwischen Konsumenten und Produzenten. Solche Ausführungen sind nur geeignet, die dringend notwendige Einigkeit und Einmütigkeit in den verschiedenen Berufsständen zu gefährden. Die Eingabe warnt zum Schlusse davor, in der Kriegsernährung die Dinge so weitergehen zu lassen; die Folgen möchten unabsehbar werden. Ganz richtig; aber in entgegengesetztem Sinne. Wird die Produktion nicht gefördert, dann sind wir am Ende unserer Kunst angelangt. Nur eine weitsichtige Produktionspolitik kann dem Heere und den Munitionsfabriken das geben, was sie nötig haben. Auch die Landwirtschaft kann schließlich zum Stillstand gebracht werden, und dann wären wir an dem traurigen Ende. Wer wahre Konsumentenpolitik treiben will, der muß vor allem Produktionspolitik treiben. Das sage ich nicht nur den Arbeitern, sondern auch den kriegswirtschaftlichen Organisationen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Erklärung für die Eingabe finde ich in der Stimmung der Arbeiterkreise über die Regelung der Ernährungsfragen. (Abg. Adolf Hoffmann: Hunger!)

Diese Stimmung findet eine gewisse Erscheinung in der mangelnden Versorgung der Städte und Industriebezirke in den hohen Lebensmittelpreisen. Die Schuld dafür liegt aber nicht beim landwirtschaftlichen Ministerium, sondern an ganz anderen Ursachen: an der mangelnden Organisation und ihrer verfehlten Arbeit, und der Überlastung der Landwirtschaft, an Transportschwierigkeiten, an der falschen Preispolitik.

Bauern- und Arbeiterstand
Leben und sterben miteinand'

Das sollten nicht nur die Arbeiter, das sollten auch die Landwirte bedenken. Und die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, auch für die Söhne der Landwirtschaft die Waffen zu schmieden, mit denen diese den heimatlichen Herd verteidigen.

Eine Eingabe der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen schlägt wesentlich mildere Töne an und tritt für die Förderung der Produktion ein. Die Sorge für die Erzeugung der notwendigsten Lebensmittel ist die Hauptaufgabe, die ureigenste Aufgabe des landwirtschaftlichen Ministeriums. Wenn ein Minister in schwerer Zeit diese Aufgabe mit aller Kraft wahrnimmt, handelt er in dieser Zeit der Ernährungsschwierigkeiten auch im Interesse der Konsumenten und des ganzen Volkes, und wenn jene Angriffe ungerecht waren, dann waren sie es im gegenwärtigen Augenblicke. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Der preußische Landwirtschaftsminister und die in den anderen Bundesstaaten verdienen unsere vollste Anerkennung. Der Minister hat uns einen Blick tun lassen in die Zustände, wie wir sie nicht erwartet hätten. Wenn Herr Oeser die Flucht in die Öffentlichkeit bedauert, müssen wir ihm dafür dankbar sein. (Zustimmung.) Es handelt sich nicht bloß um eine Etikettefrage: die Ursachen liegen doch bedeutend tiefer. Wäre jetzt der preußische Ministerpräsident hier und hätte gehört, wie einer seiner Ressortminister von seiten des Reiches behandelt wird, dann hätte er doch für ihm eintreten müssen. Man sollte doch annehmen, daß ein Ministerpräsident, der auch Reichskanzler ist, so scharfe Angriffe, wie die Eingabe sie enthält, alsbald weitergibt, damit der Angegriffene Stellung dazu nehmen und sich verteidigen kann. Der Reichskanzler hat ja die unqualifizierbaren Äußerungen des Abgeordneten Scheidemann zurückgewiesen; für wirkungsvoll hätte ich es aber angesehen, wenn er das deutsche Volk über die Notwendigkeit der Produktion aufgeklärt hätte. Das würde eine Beruhigung in die Konsumentenkreise hineingetragen haben. Ich bedauere, daß dieses Wort nicht gefallen ist. (Abg. Adolf Hoffmann ruft: Nieder mit dem Reichskanzler!)

Durch die vielen Organisationen sind wir zu einer Desorganisation der Verwaltung gekommen. Es wird nach dem Kriege eine Immediatkommission zur Regelung der Kompetenzen zwischen den höchsten Reichs- und Landesbehörden zu berufen sein. Diese Zustände können die Widerstandskraft des Volkes nicht stärken, sondern nur schwächen. Hätte der Minister bei den Reichsinstanzen mehr Gehör gefunden, dann stände es um unsere Ernährung besser. In der liberalen Presse finden die gestrigen Verhandlungen eine breite Erörterung. Im „Berliner Tageblatt" wird gesagt, Herr von Bethmann habe bald nach seinem Amtsantritt Herrn von Rheinbaben aus dem Kabinett ausgeschifft; es wäre Zeit, daß er mit derselben Entschiedenheit auch Herrn von Schorlemer die Möglichkeit gebe, sich anderweitig zu betätigen. (Stürmisches Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Dadurch erhält die Sache einen hochpolitischen Anstrich. Man erkennt daraus, wohin die parteipolitischen Bestrebungen in diesem Augenblicke gehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist keine richtige Konsumentenpolitik, das Ministerium, in dessen Händen die Produktion liegt, zu schwächen. (Abg. Adolf Hoffmann: Stull mit dem Rettungskahn!)

Der von der Rechten vorgeschlagenen Resolution stimmen wir zu. Das Haus sieht in der Förderung und Erhaltung der Produktion die sicherste Gewähr für das Durchhalten auch im Kriege bis zum siegreichen Ende. Zur siegreichen Durchführung dieses Existenzkrieges gehört: erstens Produktion, zweitens Produktion, und drittens Produktion. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Aus der Stadt.

Münster, 9. März.

× **Althannoversche Offiziere in Münster.** Heute vor 50 Jahren, am 9. März 1867, traten 453 Offiziere der vormals Kgl. Hannoverschen Armee in die Preußische Armee über. Von ihnen erreichte einer den Rang als Korpskommandeur. Es war der General der Infanterie Freiherr v. Bülow, der im Jahre 1900 Kommandierender General des 7. Armeekorps in Münster wurde und im folgenden Jahre als solcher starb. In das Infanterie-Regiment Herwarth von Bittenfeld traten über: Hauptmann Karl von Elern, der am 7. Juni 1871 starb, die Oberleutnants Rommel und Bültemeyer, die beide bei Colombey fielen, Oberleutnant Gericke († 1912 als Oberst in Hannover), Schlüter († 1889 in Hannover) und der als Generalmajor verstorbene Oberleutnant v. Gruben. In das Kürassier-Regiment von Driesen trat Leutnant v. Adelebsen, der als Oberstleutnant a. D. in Celle wohnt. Bei der 7. Artillerie-Brigade traten ein Hauptmann Krause, die Oberleutnants v. Bach, Wonneberg, die Leutnants Havemann und Rettberg, die sämtlich bereits verstorben sind.

× **Kälte und Schnee.** Während der Nacht zum Donnerstag und am Donnerstag selbst traten in Westdeutschland verbreitete Schneefälle auf, die sich bis zur Elbe und Berlin ausgebreitet haben. Im ganzen Gebiet bis zur Kanalküste sowie südlich bis zur oberen Mosel schneit es. Auch an der mittleren Ostseeküste fällt Schnee. Allenthalben herrscht Frost und sind im westdeutschen Binnenland die Temperaturen niedriger als gestern, dahingegen hat im östlichen Deutschland, namentlich in der Mark, Sachsen und Schlesien sowie in Polen, die Kälte nachgelassen. Bayern bis nach Böhmen hat Tauwetter. Die Temperaturen betrugen Donnerstag früh: Cleve —6, Aachen —8, Trier —5, Essen —7, Münster —7, Hamburg —4, Magdeburg —4, Berlin —3, Dresden —2, Breslau —2, Bromberg —5, Königsberg —9, Memel —12, Karlsruhe —3, Bamberg —4, München —1 Grad.

Weitere Beschlagnahme von Kupfer. Am 9. März ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, die eine Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitzschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen, sowie der an Blitzschutzanlagen befindlichen Platinteile vorsieht. Alle näheren Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung und den Ausführungsbestimmungen, welche die mit der Durchführung beauftragten Kommunalbehörden erlassen. Die Veröffentlichung erfolgt in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den Tageszeitungen; außerdem ist der Wortlaut der Bekanntmachung bei den Polizeiverwaltungen einzusehen. Ausnahmen sind in der Bekanntmachung besonders vorgesehen, auch wird auf kunstgewerblichen und kunstgeschichtlichen Wert, welcher von beauftragten Sachverständigen festzustellen ist, die erforderliche Rücksicht genommen. — Zu bemerken ist, daß sich als Ersatz für Kupfer in Blitzschutzanlagen Eisen gut bewährt hat.

⊙ **Sammelt Metallreste!** Die wiederholte Aufforderung, vieles anscheinend Wertlose in der langen Kriegszeit zur neuen Ausnutzung zu sammeln, ist auf fruchtbaren Boden gefallen und der Vaterländische Frauenverein, dessen Kriegsarbeit unermüdlich ist, kann wieder die Einsammlung solcher Reste in Aussicht stellen, die dem Kriegsbedarf weiter nützen können. Es handelt sich da um alle zinnhaltigen Reste, die vielleicht lange ungenutzt in den Ecken liegen, als da sind Flaschenhalskapseln, leere Tuben, Bleiplomben und Staniolpapier. Aber auch alle leeren Blechdosen finden Weiterverwertung und jede Hausfrau erfülle ihre vaterländische Pflicht, diese sonst wertlosen Dinge für die Schulkinder bereit zu halten, die Donnerstag, den 22. ds. Mts., mit der Einsammlung von Haus zu Haus betraut werden.

+ **Diebstähle im Gotteshause.** Am Sonntag abend wurde einer Frau in der Herz Jesukirche eine schwarze Tasche mit Inhalt von Kindern gestohlen. Ebenso wurde am Dienstag früh einer Dame die Handtasche in der Mauritzkirche gestohlen, während sie zum Tische des Herrn ging. Als Diebin kommt auch hier eine noch nicht erwachsene Person in Betracht. Da sich außer Geld und Brille auch die Haus- und Zimmerschlüssel der alleinstehenden alten Dame in dem Täschchen befanden, kam sie durch den Diebstahl in eine peinliche Verlegenheit. Warum sorgen die Frauen übrigens nicht dafür, daß sie Taschen in ihren Kleidern haben? Während der mit Überzieher bekleidete Mann mindestens ein Dutzend Taschen hat, haben die Frauen in der Regel keine einzige und sind daher auf das eigentlich ganz überflüssige Täschchen angewiesen.

⊙ **Unsinnige Gerüchte.** Das in diesen Tagen durch die Presse u. a. aus Krefeld und Lüdenscheid, verbreitete Gerücht, daß der größere Genuß von Steckrüben zu Nierenkrankheiten führe, hat auch Münster nicht verschont. In einem besuchten Kaffeehause wurde öffentlich erzählt, daß derartige Erkrankungen auch im hiesigen Zuchthause vorgekommen seien, in dem 70 Gefangene mit geschwollenen Füßen krank darniederlägen. Die Folge war natürlich, daß sogleich einige leichtgläubige Personen erklärten, keine Steckrüben mehr essen zu wollen. Möchte es doch gelingen, diesen gemeingefährlichen Schwätzern, die stets bereit sind, die albernsten und unsinnigsten Behauptungen ohne Prüfung weiter zu verbreiten, den Mund zu stopfen. — Die Steckrübe ist ein durchaus gesundes und wohlschmeckendes Nahrungsmittel, das keinerlei schädliche Bestandteile enthält.

Aus den Provinzen.

-+- **Bocholt,** 8. März. (Kreis- und Provinzialabgaben in Stadt und Land.) Gelegentlich der Etatsberatung in unserm Stadtparlament kam es zu einer Erörterung über die Kreis- und Provinzialabgaben, die auch für andere Städte von großem Interesse sein dürfte. Erster Bürgermeister Besemann teilte mit, daß die Kreisabgaben im Jahre 1917 um 23 857 Mark und die Provinzialabgaben um 14 177,79 Mark steigen würden. Der Stadtv. Prof. Bause fragte an, worauf diese erhebliche Steigerung beruhe, ob dieselbe gleichmäßig alle Gemeinden des Kreises treffe und ob andernfalls eine Änderung in der Verteilung der Kreisabgaben möglich sei. Der Vorsitzende erwiderte, daß die Kreisabgaben nach dem Soll der Einkommen-, Grund- und Gebäude- und Gewerbesteuer auf die Gemeinden des Kreises unterverteilt werden. Im vorigen Jahre sei das Soll in der Stadt Bocholt höher wie in den Vorjahren gewesen; namentlich sei das Gewerbesteuersoll um 55 000 Mark gestiegen. Daß diese Steigerung anhalte, sei allerdings nicht anzunehmen, im Gegenteil sei bei dem zeitigen Rückgange der Textilindustrie mit einem erheblich geringeren Steuersoll in den nächsten Jahren zu rechnen. Für die Verteilung der Kreisabgaben für dieses Jahr sei aber nach gesetzlicher Vorschrift das Soll des verflossenen Jahres maßgebend. Inwieweit das Steuersoll in den übrigen Gemeinden des Kreises gestiegen sei, sei ihm nicht bekannt, eine erhebliche Erhöhung sei hier aber kaum eingetreten. Bei der Verteilung der Kreisabgaben unter die einzelnen Gemeinden habe die Stadt Bocholt schon früher die Anregung gegeben, die Grund- und Gebäudesteuern anders zu verteilen. Zurzeit gelte für die ländlichen Grundstücke noch die Veranlagung vom Jahre 1861; während der Ertragswert der Grundstücke, welche damals meist noch öde Heideflächen waren, 1861 ganz gering war, sei er in den letzten Jahrzehnten bei der fortschreitenden Kultivierung dieser Flächen auf ein Vielfaches gestiegen. Gleichwohl sei der für die Besteuerung maßgebende Katastralreinertrag derselbe geblieben. Gebäude würden dagegen alle 15 Jahre neu eingeschätzt; in Bocholt sei dies zuletzt vor etwa 6 bis 8 Jahren geschehen; der Nutzungswert sei damals hinreichend hoch angenommen. Die hiernach bestehende Ungleichheit zwischen der Steuerpflicht bebauter und unbebauter Grundstücke könne dadurch beseitigt werden, daß auch die unbebauten ländlichen Grundstücke nach einem Vielfachen des gegenwärtigen Ertrages, nicht aber, wie jetzt des Ertrages einer längst verflossenen Zeit besteuert würden. Das Kreisabgabengesetz gebe hierzu in § 8 die Handhabe. Der vielfach erhobene Einwand, daß eine neue Schätzung der ländlichen Grundstücke zu kostspielig und umständlich sei, treffe nicht zu, da die Besteuerungsmerkmale der staatlichen Ergänzungssteuer entnommen werden könnten; die bei den Katasterämtern vorhandenen Schätzungsbogen enthielten eine Wertschätzung bezüglich eines jeden Grundstückes, auch wenn der Eigentümer keine Ergänzungssteuer zahle. Einzelne Kreise haben auch bereits entsprechende Steuerordnungen eingeführt. Stadtv. Prof. Bause bittet und die Versammlung beschließt einmütig, beim Kreisausschusse erneut auf anderweite Verteilung der Grundsteuer anzutragen. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß nach der Kreisordnung die Städte nicht die Mehrheit im Kreistage haben dürften, erklärt Stadtv. Otte, daß es sich nicht um eine Mehrheitsfrage, sondern um einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land handle.

Essen, 8. März. (Großfeuer.) Heute abend gegen 8 Uhr brach in der umfangreichen Wagenfabrik der Speditionsfirma Gebrüder van Eupen in der Taubenstraße, aus bisher unbekannter Ursache ein Großfeuer aus, das im Laufe von drei Stunden die Wagenfabrik und reiche Vorräte vollständig in Asche legte. Der Betrieb der Firma bleibt voll aufrecht erhalten. Brandstiftung ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen.

Kirchliches.

-+- **Aachen,** 7. März. Nach längerer Krankheit starb am Freitag im Kloster Blumenthal bei Vaals in Holland im Alter von 69 Jahren die ehrwürdige Mutter von zur Mühlen, Dame vom heiligsten Herzen. Sie entstammte der bekannten münsterischen Familie und war eine nahe Verwandte Sr. Eminenz des hochwürdigsten Kardinals und Erzbischofs von Köln v. Hartmann. Seit 20 Jahren wirkte sie segensreich im Kloster. Besondere Verdienste erwarb sie sich um das vielbesuchte blühende Pensionat. Auch die Armen der Gemeinde werden sie schmerzlich vermissen.

Bücherschau.

Hochland, Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Professor Karl Muth. Jos. Kösel'sche Buchhandlung, Kempten und München. Vierteljährlich Mk. 4,50.

Die christliche Gemeinschaftsidee und die gegenwärtige Welt. Der so betitelte Aufsatz von Dr. Max Scheler im Märzheft des Hochland zeigt, wie Schelers durch den Krieg so bekannt gewordene Arbeiten überhaupt, sichtbarer als kaum sonst von einer Seite die fortschreitende Befestigung des ideelen, auf das Religiöse und Christliche immer mehr zentrierten Denkens, die der Krieg in den Geistern aufgeweckt hat. Je länger dieser dauert, je mehr naht sich das Denken den schwierigen Fragen der religiösen Erneuerung, die am Anfang des Krieges mehr nur wie eine allgemeine Bereitwilligkeit in den Herzen lag. Eine Reihe der wesentlichsten Äußerungen dieses geistigen Dranges, nicht nur aus Schelers Feder, findet sich fortlaufend in den Kriegsheften des Hochlands von dem mit dem Märzheft nun der erste Halbband des 14. Jahrgangs abgeschlossen vorliegt. Die einzelseelischen Erlebnisse der Krigsteilnehmer und wie sie trotz gemeinsamen Fühlens eine gewisse Verschiedenheit der Rasse zeigen, bilden den Inhalt des Beitrags „Bekenntnisse aus den Schützengräben, drüben und hüben" von Beda Philipp. Als eine nicht unwichtige Folge des Krieges auch für das literarische Leben muß die Hinneigung zu der östlichen Dichtung angesprochen werden, die ein in vielem von Westeuropa verschiedenes Seelenleben offenbart; dieses besonders zeigt Friedrich Märker an Beispielen in seinem Beitrag über „Osteuropäische Literaturen". Mit der Kernschicht der wirtschaftlichen deutschen Lebenshaltung, als die das Bauerntum im Kriege wieder erkannt worden ist, beschäftigt sich Medizinalrat Dr. J. Graßl, indem er, anknüpfend an die „Leutenot auf dem Lande", die unter Batocki's Vorsitz gemachten Vorschläge zur Konsolidierung des Bauernstandes und Seßhaftmachung der darin noch unfertigen Elemente nachprüft. Außer weiteren Beiträgen aus verschiedenen Wissensgebieten beschäftigt sich das Heft mit einer Anzahl literarisch bekannter Persönlichkeiten, von denen hier nur der Nachruf des Herausgebers auf die unlängst verstorbene, in weitesten Kreisen des deutsch-englischen literarischen Lebens tätig gewesene Charlotte Lady Blennerhassett hervorgehoben sei, der wesentliche Züge zur Feststellung des persönlichen Bildes der Verstorbenen bringt. An Stelle des Romans erscheint diesmal eine Legende voll pädagogisch feiner Züge: „Die Boten der Frohbotschaft", von Peter Dörfler.

Hauptredakteur Rudolf Griesholt. — Es verantworten: den redaktionellen Teil Paul Sprenz, die Reklamen und Inserate Anton Bosch, alle in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchdruckerei in Münster.

Jan Brinken.

Skizze von Hermann Ostendorf.

(Schluß.)

Während ich mir noch einige Maße aufnotiere, höre ich mit halbem Ohr, wie drei Arbeiter, die ganz vorn auf der äußersten Kante der Brüstung sitzen ihre Sonntagserlebnisse austauschen: Bier, Dirnen und Schnaps. Von dem Großsprecher unter ihnen, einem verlodderten Individuum, wußte ich, daß er wegen Messerstecherei und ähnlicher Sachen unter Polizeiaufsicht stand. Er war Tschecke, legte aber großen Wert darauf, als Deutscher angesehen zu werden, weil er zufällig einen halbwegs deutsch klingenden Namen führte. Jetzt erzählte er seinen beiden Zuhörern in haarsträubendem Deutsch eine abscheuliche Geschichte von der „Schickse", die er sich gestern „aufgetan" hatte, wobei der Schnaps nicht gespart wurde. Unter dem wiehernden Gelächter seiner Kumpane stieg er in den tiefsten Schlamm; dabei leuchteten die kleinen boshaften Augen in dem bleichen, pockennarbigen Gesicht vor innerstem Behagen. Gerade radebrechte der Tschecke: „Schickse war nicht Deutsche, Schickse sagt, Deutsche ist dumm, weißt du, dumm! Na, ich hab' gezeigt, wie dumm Deutsche ist!" Dabei lachte er häßlich auf, seine Zuhörer aber schwiegen plötzlich erstaunt still, als es von der Seite, wo Jan Brinken saß, knarrte:

„Du willst en Dütschken sien? Eu Swinegel büst du, en ganz gemeinen Swinegel!" Jan sagt's, spuckt zum Zeichen seiner Verachtung im weiten Bogen ins Wasser und raucht schweigend weiter, versonnen den Strom hinaufblickend.

Der Tschecke war mit dem Kopf herumgefahren, als er den „Swinegel" an den Kopf bekam; heimtückisch hatten die kleinen Augen aufgeblitzt. Als er mich jedoch unvermutet hinter sich stehen sah, blieb er ruhig. Im Gehen aber hörte ich, wie er zu seinen Kumpanen ein paar tschechische Worte sagte, die ganz wie eine Drohung klangen. Ich wollte Jan warnen, sich mit dem Messerhelden nicht einzulassen, denn wenn ich auch wußte, daß Jan keine Bangebüx war und zudem seine Pappenheimer wohl kannte, so lag mir doch daran, hier an der Arbeitsstelle jeden Streit im Keime zu ersticken.

So trat ich denn an den Schweigenden heran und sagte halblaut: „Brinken, geben Sie sich mit dem Kerl nicht ab und lassen Sie ihn zum Kuckuck laufen."

„Ne, Här, den pack ik nich an, de is mie tau dreckig. Awer ik kann et op en Dood nich lieen, wenn eener so, wie dä, von de Frauenlüe spräken dait, dat kann ik nich lieen."

Er schwieg. Ich sagte nichts und sah nach der Uhr: noch stark fünf Minuten, dann war die Arbeitspause zu Ende. Ich begann von neuem einige Maße aufzunehmen. Dabei dachte ich an das eben Gehörte: dat kann ik nich lieen! Ja, ja, der Jan! Ehe er hier von der Bildfläche verschwand, war ich noch einmal inne geworden, was für ein vornehmes Menschenkind dieser einfache Arbeitsmann war. Ein braver Kerl, und herzerquickend war es, wie er dem Tschechen eben heimleuchtete.

Da — ein heller Pfiff, der vom jenseitigen Ufer widerhallt. Ich seh' mich um: Jan hat Hut und Pfeife hingelegt und sieht mit allen Zeichen einer großen Spannung einem Dampfer entgegen, der vom Oberstrom kommt und in schneller Fahrt zu Tal gleitet.

„Aho! . . . Aho!" Jan ruft es, beide Hände als Sprachrohr an den Mund legend.

Ich sehe drüben an Bord nur einen Mann, der, an der anderen Bordseite beschäftigt, uns seinen Rücken zukehrt. Der Dampfer kommt näher. Jan ist mit zwei Sätzen an mir vorbei und steht ganz vorn auf der Brüstungsspitze. Er pfeift zum zweiten Male, gellender noch als vorher.

„Aho! . . . Hinrich!"

Lang gezogen hallen die Rufe über das Wasser. Diesmal werden sie gehört.

Der Mann an Bord kommt herüber. Er winkt. Dann ruft Jan:

„Hinrich, no Hus?"

„Jan," antwortete der Schiffer.

„Wat is passeert?"

Keine Antwort kam von drüben.

Jan ruft noch einmal. Der Dampfer fährt gerade an uns vorbei.

„De Flagg? Wat es passeert an